Ä3 zu A 3: TOP 7.3 Prävention von Hate Speech und Schutz junger Menschen stärken!

Antragsteller*innen Laura Wagner (Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes)

Antragstext

Von Zeile 24 bis 28:

Jugendverbände im Land. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der Landespolitik an, präventive Maßnahmen gegen Hate Speech zu stärken~~,~~.Ziel muss es sein Präventionsmaßnahmen und Schulungsangebote zum Umgang mit Sozialen Medien langfristig und strukturell zu fördern und dadurch junge Menschen zu schützen und sie gleichzeitig zu befähigen, selbstbewusst, solidarisch und demokratisch zu handeln – online wie offline.Restriktive Maßnahmen, wie ein Komplettverbot von Social Media für Kinder unter 14 Jahren, erscheinen hingegen nicht förderlich, um den Umgang mit der digitalen Gesellschaft zu erlernen und sich später im Jugend- und Erwachsenenalter sicher in der digitalen Welt bewegen zu können. Hate Speech ist kein Randphänomen, sondern eine ernsthafte Bedrohung für das Aufwachsen junger Menschen und für den

Begründung

Das "Social-Media-Verbot" für Kinder und Jugendliche wird derzeit intensiv diskutiert. Trotz eines Verbotes ist es nicht auszuschließen, dass Kinder und Jugendliche kreative Wege finden werden mit den Sozialen Medien in Kontakt zu kommen. Wird jungen Menschen der Kontakt zu Sozialen Medien gänzlich verwehrt, könnte dies auch zur Folge haben, dass Präventionsmaßnahmen nicht frühzeitig durchgeführt werden. Kinder und Jugendliche würden sich dann, trotz eines Verbotes, in den Sozialen Medien bewegen, der sichere Umgang mit diesen wäre ihnen jedoch nicht bekannt. Statt der Verhängung restriktiver Maßnahmen, sollte der Ausbau von verbindlichen Präventionsmaßnahmen in Bildungseinrichtungen gefördert werden.